

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXIV 2–2008

PERIPHERE STAATLICHKEIT **Kritische Staatstheorie des globalen Südens**

Schwerpunktredaktion: Ilker Ataç
Katharina Lenner
Wolfram Schaffar

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 ILKER ATAÇ, KATHARINA LENNER, WOLFRAM SCHAFFAR
Kritische Staatsanalyse(n) des globalen Südens
- 10 JOACHIM BECKER
Der kapitalistische Staat in der Peripherie:
polit-ökonomische Perspektiven
- 33 WOLFRAM SCHAFFAR
Birma: gescheiterter Staat oder (neue) Form peripherer
Staatlichkeit?
- 63 KATHARINA LENNER
Abhängige Staatlichkeit als umkämpftes Terrain – Politische
Ökonomie und Repräsentationsformen in Jordanien seit 1989
- 92 OLIVER SCHWANK
Limits to a Developmental Regime in South Africa –
Industrial Policy Revisited
- 116 BERNHARD LEUBOLT, ANNE TITTOR
Semi-periphere Sozialstaatlichkeit in Lateinamerika:
Argentinien und Brasilien im historischen Vergleich
- 142 Rezension
- 146 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 149 Impressum

KATHARINA LENNER

Abhängige Staatlichkeit als umkämpftes Terrain – Politische Ökonomie und Repräsentationsformen in Jordanien seit 1989

Während in vielen Ländern des globalen Südens mittlerweile nicht nur soziale Bewegungen, sondern auch Regierungen neoliberale politische und ökonomische Strategien in Frage stellen (vgl. z.B. Leubolt/Tittor, Becker in diesem Heft), besitzen diese in Jordanien weiterhin hohe Geltungskraft. Seit dem Machtantritt König Abdallahs II. 1999 ist der offizielle Diskurs der jordanischen Monarchie und der wechselnden Regierungen bestimmt von einem Vokabular der Effizienz, der technischen Lösungen sozialer und politischer Probleme und der Wettbewerbsstaatlichkeit. Dennoch werden auch widersprüchliche Positionen artikuliert, die auf ältere staatliche Entwicklungsstrategien verweisen.

Von Anfang der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre war Jordanien in ein regionales System der Zirkulation von Ölfrenten eingebunden. Zwar besitzt das Land selbst weder Öl noch andere wichtige Bodenschätze, doch erhielt es als konservative Monarchie hohe, politisch motivierte Finanzhilfen von arabischen Ölstaaten und den USA. Sie ermöglichten einen massiven Ausbau des öffentlichen Sektors – zeitweise stand jede/r zweite Beschäftigte im staatlichen Sold – und eine ausgeprägte Subventionspolitik, die sich auf Güter des täglichen Lebensbedarfs und die Bereitstellung sozialer Dienste bezog. Damit wurde der jordanische Staat zu einem Versorgungsstaat, der im Alltag großer Teile der jordanischen Bevölkerung präsent war (vgl. Sayigh 1991: 173f). Zudem migrierten viele hoch qualifizierte Arbeitskräfte in (öl-)reiche Golfstaaten wie Saudi-Arabien und Kuwait. Ihre Rücküberweisungen stärkten die Binnenkaufkraft im Land sowie den Privatsektor und erhöhten mittelbar auch die Staatseinnahmen. Infolge des sinkenden Ölpreises ab 1983 geriet dieses Modell jedoch in eine Krise. Sowohl die Arbeitsmigration in die Golfstaaten als auch die externen Finanzhilfen an

den Staat gingen stark zurück. Die jordanischen Regierungen versuchten unter anderem, dies mit Kreditaufnahme auf internationalen Kapitalmärkten zu kompensieren, was zu einer zunehmenden Staatsverschuldung führte (vgl. Anderer 1991; Wils 2003: 87ff).

Als 1989 die Zahlungsunfähigkeit drohte, wandte sich die jordanische Regierung an IWF und Weltbank. Zwischen 1989 und 2004 wurden auf deren Geheiß mehrere Strukturanpassungsprogramme durchgeführt, die die Formen des jordanischen Staates nachhaltig veränderten. Bereits seit den frühen 1990er Jahren galt Jordanien als Musterschüler der Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) und wurde wiederholt für seine „Reformbereitschaft“ gelobt (vgl. Harrigan et al. 2006: 264). Eine nähere Analyse offenbart allerdings deutliche Unterschiede vor und nach 1999, als nach dem Tod von König Hussein sein Sohn Abdallah II. an die Macht kam und mit ihm eine neue Generation von PolitikerInnen und UnternehmerInnen in zentrale Staatsapparate einzog. Mittlerweile haben die neoliberalen wirtschaftspolitischen Strategien, die dieser neue Block an der Macht verfolgt hat, zu massiven sozialen Verwerfungen geführt. Dennoch hat sich bislang keine organisierte Bewegung dieses Themas angenommen. In periodischen Abständen brachen seit 1989 anlässlich der Streichung von Subventionen Unruhen aus, die aber nicht in organisierte Formen mündeten oder in die politischen Institutionen Eingang fanden. Die Parlamentswahlen, die 1989 – parallel zum Beginn der makroökonomischen Strukturanpassung – wieder eingeführt wurden, verliefen in den letzten Jahren relativ störungsfrei und waren für breite Teile der Bevölkerung von geringer Relevanz (vgl. Dieterich 2003; Lenner 2007). Größere Oppositionsbewegungen richteten sich bislang nicht auf sozioökonomische, sondern vor allem auf regionalpolitische Verhältnisse.

Dieser Beitrag untersucht die Entwicklung der jordanischen Staatsformen seit 1989.¹ Dabei wird betont, dass nationalstaatliche AkteurInnen auch in einem abhängigen Staat wie Jordanien internationalen politischen und ökonomischen Maßgaben nicht ausgeliefert sind, sondern sich strategisch auf sie beziehen. Neben polit-ökonomischen Veränderungen wird der Wandel der staatlichen Repräsentationsformen näher beleuchtet, denn auch dieser bildet einen zentralen Bestandteil der Transformation von Staatlichkeit in Jordanien seit 1989. Er macht auch verständlicher, warum sich in

Jordanien – anders als in vergleichbaren Staaten des Südens – bislang keine Bewegung gegen neoliberale Politik formiert hat.

1. Regimeperspektiven auf Jordanien und die arabische Welt

In der politikwissenschaftlichen Analyse von Staatlichkeit in der arabischen Welt bilden Regimetheorien nach wie vor die wichtigste theoretische Folie (vgl. Bank 2007). Die Staaten der Region werden meist als „neo-patrimoniale“ oder „autoritäre“ Regime identifiziert. Dabei zeichnet sich der Typus des Neo-Patrimonialismus vor allem durch politische Herrschaft über persönliche Kooptation aus, der des Autoritarismus über den begrenzten politischen Pluralismus (vgl. z.B. Pawelka 1985: 22ff; Owen 2000: 27ff). Jordanien gilt als ein Prototyp neo-patrimonialer Herrschaft, vor allem aufgrund der seit der Staatsgründung 1921 dominanten politischen Stellung des Königs, der die Führungspersönlichkeiten wichtiger gesellschaftlicher Gruppen über die Vergabe von Ämtern und andere Zuwendungen einbindet und zugleich durch beständige Rotation austariert. Oft wird hierbei das politische Geschick des über 46 Jahre herrschenden König Hussein hervorgehoben, dem es gelang, transjordanische Eliten, palästinensische UnternehmerInnen, RepräsentantInnen ethnisch-religiöser Minderheiten sowie VertreterInnen der staatlichen Sicherheitsapparate an sich zu binden (vgl. z.B. Dieterich 1999: 101ff; Anderer 1991: 79ff).

Die jordanische Bevölkerung setzt sich aus zwei großen Teilen zusammen: zum einen den vor 1948 in der „Eastbank“ (des Jordans) lebenden, oft in Großfamilien organisierten TransjordanierInnen, zum anderen aus dem palästinensischstämmigen Bevölkerungsteil, der größtenteils als Folge der arabisch-israelischen Kriege von 1948 und 1967 ins Land kam und primär in den Städten lebt. Inoffizielle Schätzungen sind sich einig, dass letzterer inzwischen die Bevölkerungsmehrheit darstellt. Infolge starker territorialer Veränderungen und Vermischungen beider Bevölkerungsteile nach 1948 ist diese ursprünglich geographische Zweiteilung seither nur als Bezeichnung kollektiver Identitäten sinnvoll. Dass sie weiter Bestand hat, liegt nicht zuletzt daran, dass beide Gruppen in unterschiedlicher Art und Weise ökonomisch und politisch eingebunden wurden und werden. Während der transjordanische Bevölkerungsteil v.a. über Beschäftigung in

Militär und Bürokratie und damit einhergehende Zuwendungen integriert wurde, war der palästinensische Bevölkerungsteil davon weitgehend ausgeschlossen und orientierte sich eher zum privaten Sektor. In Bezug auf die ökonomischen und administrativen Eliten war und ist diese Unterscheidung allerdings nur begrenzt relevant, da dort Mitglieder beider Bevölkerungsgruppen vertreten sind (vgl. Brand 1995b).

Aus einer Regimeperspektive ist vor allem bemerkenswert, wie sich die etablierten Kooptationsformen durch verschiedene Herrschaftsphasen und ökonomische Entwicklungsstrategien ziehen. Trotz seiner anglo-amerikanischen Sozialisation und seiner Orientierung an neoliberalen politischen Strategien knüpft auch der neue König Abdallah an die durch seinen Vater etablierten Formen an. So ist die Rotation politischer und ökonomischer Eliten weiterhin gängig und klientelistische Verhältnisse, die auf wechselseitiger persönlicher Abhängigkeit beruhen, sind elementarer Bestandteil staatlicher Interventions- und Repräsentationsformen (vgl. Schlumberger/Bank 2004). *Wasta* (arab. für „persönliche Vermittlung“ bzw. „VermittlerIn“) ist ein zentrales Instrument für alle gesellschaftlichen Gruppen – sei es, um Zugang zu staatlicher Beschäftigung und staatlichen Diensten zu bekommen oder um auf politische Entscheidungen einzuwirken (vgl. Loewe et al. 2007: 55ff).

Obwohl Regimeansätze wichtige Aspekte von Politik und Ökonomie in Jordanien beleuchten, haben sie meist keinen klaren Staatsbegriff, sondern Regime und Staat werden in eins gesetzt. Dies hängt u.a. damit zusammen, dass es in der arabischen Welt – in Republiken wie Monarchien – besonders langlebige Regime gibt, in denen dieselbe Familie seit Jahrzehnten die Staatsgeschäfte lenkt. Da in Jordanien seit der Staatsgründung 1921 dieselbe, haschemitische Dynastie herrscht, ist dieses Problem besonders ausgeprägt und reicht bis zur Gleichsetzung des Staates mit dem Königshaus: „Scholars writing about the politics, history and economy of Jordan have had a difficult time overcoming the view, whether implicitly or explicitly, that the Hashemite royal family is Jordan and Jordan is the Hashemite family“ (Anderson 2003: 197).

Schließlich liegt der analytische Schwerpunkt von Regimeansätzen auf Strategien des Machterhalts im Landesinneren. Demgegenüber wird die globale Dimension staatlicher Entwicklungsstrategien, wenn überhaupt, dann nur als Rahmenbedingung verhandelt. Damit bleibt das globale Kräf-

teverhältnis bei der Analyse von Staatlichkeit im Wandel tendenziell außen vor (vgl. Parker 2008: 2).

2. Jordanien als abhängiger Staat und umkämpftes Terrain

Im Gegensatz hierzu richtet sich der Fokus von Dependenzansätzen auf die „strukturelle (Außen-)Abhängigkeit“, die aus der arbeitsteiligen Eingliederung in den Weltmarkt resultiert und die Formen des peripheren Staates bestimmt (z.B. Evers 1977). In Bezug auf Jordanien wird dabei vor allem die starke staatliche Abhängigkeit von Entwicklungshilfeldern hervorgehoben. Diese führte zu einer Folge enger Allianzen zuerst mit der Mandatsmacht Großbritannien und ab den 1970er Jahren mit den USA sowie den Golfstaaten. Die Unterstützung durch die Ölstaaten, kombiniert mit einer veränderten strategischen Ausrichtung in Richtung Importsubstitution in den 1970er und 1980er Jahren, wird als peripher-fordistische Entwicklungsstrategie gelesen, die eine verminderte Abhängigkeit von den Zentrumsstaaten nach sich gezogen habe (vgl. Khairy 1984). Für den Zeitraum nach 1989, der aus einer Dependenzperspektive noch nicht näher untersucht wurde, bestimmt die Abhängigkeit von Zahlungen der USA und Krediten der IFIs die jordanische politische Ökonomie und wirkt sich stark auf staatliche Entwicklungsstrategien aus.

Problem der wenigen bisherigen Untersuchungen zu Jordanien aus einer Dependenzperspektive (v.a. Khairy 1984; Elmusa 1994) ist ihre Unterbelichtung des staatlichen Terrains. Zwar werden gewandelte ökonomische Strategien einbezogen und auf die Bedeutung des Politischen für unterschiedliche Entwicklungspfade verwiesen, allerdings erscheint der jordanische Staat bzw. das Regime als homogen und als einheitlich handelnder Akteur gegenüber externen Einflüssen (vgl. Khairy 1984: 105ff).

Diese Unterbelichtung reicht über den jordanischen Fall hinaus. Es gibt in der Theorietradition der *Dependencia* durchaus Ansätze, die versucht haben, das Zusammenspiel zwischen äußeren und inneren Faktoren sowie die Dynamiken und Kämpfe im Inneren des Staates einzubeziehen (z.B. Cardoso/Faletto 1976; bzgl. der arabischen Welt z.B. Ayubi 1995; Bromley 1994; Alnasseri 2004) und damit den abhängigen Staat als umkämpftes Terrain zu fassen, dessen strategische Ausrichtung bis zu einem gewissen

Punkt kontingent ist. Allerdings fehlen bislang starke analytische Konzepte, um die verschiedenen Aspekte abhängiger Staaten auf einer konkret-komplexen Ebene näher untersuchen zu können, so dass es eine staats-theoretische Lücke gibt (vgl. Franke 2004: 214f). Zudem liegt der Fokus meist auf sozioökonomischen Entwicklungsstrategien und ihrer (oft begrenzten) Integrationskraft. Demgegenüber erhalten andere, nicht so sehr auf Weltmarktzusammenhänge zurückführbare Aspekte von Staatlichkeit, z.B. die staatlichen Repräsentationsformen und symbolische Dimensionen staatlicher Herrschaft kaum analytische Aufmerksamkeit (vgl. z.B. Davis 1991; Ruf 1991: 37f).

Um diese Lücken zu füllen, ist es sinnvoll, materialistische staats-theoretische Ansätze heranzuziehen, die besonders für OECD-Staaten weiterentwickelt wurden. Ihr theoretisches Instrumentarium ist ausgefeilter als das bislang für Nicht-OECD-Staaten verwendete. In Anlehnung an Poulantzas ist es grundsätzlich produktiv, auch abhängige Staaten als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen und als umkämpftes Terrain zu fassen (vgl. Poulantzas 1977, 2002 [1978]). Dabei sind internationale Kräftekonstellationen ein, aber nicht der einzige Faktor, der die Formen dieses Terrains bestimmt. Zwar sind Staaten wie Jordanien infolge ihrer historisch etablierten passiven Außenorientierung vom Zufluss ausländischen Kapitals abhängig und damit der politischen und ökonomischen Einflussnahme von Geld- und KreditgeberInnen ausgesetzt (vgl. Becker in diesem Heft). Doch besitzen sowohl die Art der Weltmarktintegration als auch die Ausgestaltung der staatlichen Repräsentationsformen eine strategische Dimension (vgl. Heigl 2007). Die Interventionsformen internationaler Institutionen, z.B. Strukturanpassungsprogramme, sind keine starren Mechanismen, sondern politisch regulierte und umkämpfte Prozesse. Sie bilden auf dem Terrain des Nationalstaats in verschiedenen Staatsapparaten strategische Selektivitäten heraus, d.h. sie privilegieren bestimmte AkteurInnen und politische Strategien, während sie andere tendenziell ausschließen; andererseits besitzen AkteurInnen auch die Möglichkeit zu strategischem Handeln ihnen gegenüber sowie zu ihrer Veränderung (vgl. Jessop 2005: 48ff). Auch auf dem Terrain des Staates im globalen Süden findet ein Ringen zwischen unterschiedlichen Kräften statt, die sich in verschiedenen Cliquen, Fraktionen oder Staatsapparaten sammeln und dort ihre jeweiligen politischen Strategien verfolgen (vgl. Owen 2000: 37ff; Poulantzas 1977). Politik in Staaten

wie Jordanien ist insofern nicht eine schlichte Umsetzung, sondern immer eine „Übersetzung“ internationaler politischer Vorgaben (vgl. Lendvai/Stubbs 2007). Ein Blick auf die verschiedenen Aspekte der Staatsform ist demnach produktiv, da dort entscheidende Kämpfe und Weichenstellungen stattfinden können.

3. Strategische Dimensionen der jordanischen politischen Ökonomie

Im jordanischen Fall manifestierte sich das internationale Kräfteverhältnis seit 1989 v.a. in den Strukturanpassungsprogrammen (SAPs) von IWF und Weltbank und der hohen Bedeutung von Entwicklungshilfe für die Staatseinnahmen. Zwischen 1989 und 2004 führten unterschiedliche jordanische Regierungen insgesamt vier SAPs durch. Diese folgten einerseits den bekannten, standardisierten Vorgaben. Entsprechend dem politischen Kontext waren sie aber verschieden strikt gefasst und es wurde in unterschiedlichem Maße auf ihre Umsetzung bestanden. Die jordanischen Möglichkeiten, einen Zugang zu Krediten und gelockerte Konditionalitäten durchzusetzen, veränderten sich besonders in Abhängigkeit des Verhältnisses zu den USA und dem Stand des arabisch-israelischen Friedensprozesses, der seit 1991 als neue Realität in der Region hinzukam und die US-Politik gegenüber der arabischen Welt stark prägte. Als Regierung und Königshaus z.B. 1990 und 1991 in der Irakkrise eine eher pro-irakische Haltung einnahmen, erhielt Jordanien keine IWF-Kredite und alle US-Hilfen wurden gestrichen (vgl. IMF 2008a). Demgegenüber wurden zwischen 1994 und 1997, nachdem die jordanische Regierung einen Friedensvertrag mit Israel geschlossen hatte, auf Drängen der USA Kredite mit schwacher Konditionalität vergeben, die es den jordanischen Regierungen ermöglichten, nur dort Strukturanpassungsmaßnahmen vorzunehmen, wo sie es für politisch durchsetzbar hielten (vgl. Harrigan et al. 2006: 274f; Wils 2003: 137ff). Dies spricht für die strategische Bedeutung Jordaniens als Kooperationspartner im Friedensprozess. Es verdeutlicht zudem, dass die Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) und westliche Geberregierungen Jordanien als Paradebeispiel für ökonomische Liberalisierung in einer Region aufbauen wollten, in der zahlreiche Staaten den IWF boykot-

tieren (vgl. Harrigan et al. 2006: 287f). Als „Belohnung“ für seine Kooperation mit den IFIs und mit Israel stieg Jordanien nach dem Friedensschluss mit Israel zum viertgrößten Empfänger von US-Entwicklungshilfe auf (Echagüe 2008: 2).

Mittlerweile hat der jordanische Staat einen Großteil seiner Kredite bei den internationalen Finanzinstitutionen zurückgezahlt und muss sich damit formell nicht mehr so stark an deren Vorgaben ausrichten. Die Abhängigkeit von Zahlungen und Krediten der internationalen Gebergemeinschaft, insbesondere der USA, ist jedoch geblieben. Die Einnahmen aus derartigen Zahlungen schwanken relativ stark und sind entscheidend von der regionalen Situation abhängig. Im Jahr 2003, also in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Irakkrieg, stiegen sie auf 36 Prozent der gesamten Staatseinnahmen, seit 2005 sinken sie wieder und belaufen sich 2006 auf geschätzte 11 Prozent der Gesamteinnahmen² – letzteres bedeutet allerdings eine signifikante Erhöhung des Budgetdefizits (vgl. IMF 2008b). Da derartige Gelder oft als projekt- oder programmgebundene Zahlungen oder Kredite vergeben werden, bleibt auch hier eine starke Orientierung an den Glaubenssätzen des modifizierten Washington Consensus erhalten (vgl. Alissa 2007: 7).

In staatstheoretischer Hinsicht interessant ist die Frage, welche Vorgaben der internationalen Gebergemeinschaft wann und wie umgesetzt werden, wie also die Transformation von Staatlichkeit von innen befördert, verzögert oder umgelenkt wird. Prinzipiell haben sich – trotz der wiederholten Verschiebung unliebsamer Maßnahmen und der oftmaligen „Nachsichtigkeit“ der IFIs und der Gläubigerstaaten – im Laufe der 1990er Jahre und verstärkt seit dem Wechsel an der Staatsspitze 1999 neoliberale Prinzipien in die jordanischen Staatsformen eingeschrieben. Auf einer Gesetzesebene haben die jordanischen Regierungen die meisten Vorgaben der SAPs implementiert – von der Deregulierung und Liberalisierung des Handelsregimes über die Abwertung des Dinars, die Reduktion von Subventionen, den Erlass eines nicht-diskriminierenden Investitionsförderungsgesetzes, die Einführung einer Mehrwertsteuer, bis hin zur Privatisierung der wichtigsten ehemals staatlich dominierten Betriebe (vgl. IMF 2008b; Knowles 2005: 143ff; Schlumberger 2002: 230ff). Zudem wurden infolge der Unterzeichnung von Handelsabkommen – im Rahmen des Barcelona-Prozesses, durch den Beitritt zur WTO 1999, sowie durch den Abschluss eines jordanisch-amerikanischen Freihandelsabkommens 2000 – die Weichen in Rich-

tung einer offenen Ökonomie gestellt (Knowles 2005: 82). Dennoch sind die neu entstandenen Formen nicht „rein neoliberal“, sondern stellen eine Verbindung verschiedener Regulationsformen dar. Nicht zuletzt das Modell des Versorgungsstaates ist dabei zentral.

Ein Blick auf das Personal der staatlichen Apparate und ihre hierarchische Anordnung zueinander verdeutlicht diese Widersprüchlichkeit: Bereits in den 1990er Jahren beförderten administrative Eliten, die im Umgang mit den IFIs und ausländischen Unternehmen versiert waren, neoliberale Denkweisen in der jordanischen Administration. Besonders im Umfeld der Zentralbank etablierte sich eine neue Gruppe von „ReformbürokratInnen“, die zunehmend in Spitzenpositionen aufrückte und auch heute noch relevant ist. Ihr Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse war in den 1990er Jahren allerdings begrenzt und abhängig von den wechselnden politischen Präferenzen der dominanten Palastelite, die zwischen Reform und Beharrung hin- und herpendelte (vgl. Wils 2003: 160f). Vor allem in Bezug auf die Streichung von Subventionen, auf Privatisierung und Steuerreformen gab es (organisierte und informelle) Widerstände auf mehreren Ebenen, die zu Verzögerungen und deutlichen Modifikationen führten. Die Einführung einer allgemeinen Verkaufssteuer, welche die bis dahin für das staatliche Budget zentralen Importzölle ablösen sollte, konnte beispielsweise nur mit weitreichenden Ausnahmeregelungen durchgesetzt werden. Nennenswerte Veränderungen in Bezug auf das Ausmaß staatlicher Beschäftigung gab es zudem in den 1990er Jahren kaum, da dies einen zentralen Bestandteil des impliziten sozialen Pakts der Monarchie mit dem transjordanischen Bevölkerungsteil in Frage gestellt hätte (vgl. Alissa 2007: 10ff; Wils 2003: 177ff).

Seit der Machtübernahme von König Abdallah II. hat sich das Kräfteverhältnis in den Staatsapparaten verschoben. Zum einen verließ sich der neue König infolge seiner relativen ökonomischen und politischen Unerfahrenheit sehr viel stärker als sein Vater auf die internationalen Finanzinstitutionen, womit deren Einfluss zeitweise deutlich stieg (vgl. Harrigan et al. 2006: 271). Zum anderen gelangte mit ihm eine neue Riege von an angloamerikanischen Universitäten sozialisierten Eliten in Entscheidungspositionen, die ein neoliberales, auf die Weltmarktintegration ausgeichtetes Verständnis politischer und ökonomischer Reform haben (vgl. Schlumberger/Bank 2004: 41). Ihr Einfluss manifestierte sich besonders in einem 1999 neu geschaffenen Gremium, dem *Economic Consultative Council*

(ECC), in dem sich die neuen staatlichen und privaten Eliten sammelten und das sich zeitweise als einflussreicher als die schnell wechselnden jordanischen Regierungen erwies (Alissa 2007: 13f). Unter der Ägide des ECC wurden, großteils in Abwesenheit des Parlaments, weitreichende Entscheidungen v.a. zu Privatisierungen, Handelsliberalisierungen, Subventionen und neuen Formen der Kooperation zwischen öffentlichem und privatem Sektor getroffen (Harrigan et al. 2006: 171f). Mittlerweile bekleiden mehrere ehemalige ECC-Mitglieder zentrale Regierungsämter (vgl. Schlumberger 2004: 155). Dies verweist darauf, dass diese neue Generation nun auch in die etablierten Staatsapparate Eingang gefunden hat.

Gerade in Bezug auf die Strategie der Privatisierung von Unternehmen, in denen der Staat den Haupt-Anteilseigner darstellt, verdeutlicht sich einerseits die Verschiebung des Kräfteverhältnisses in den Staatsapparaten, andererseits aber auch die Übersetzung und Umlenkung internationaler Vorgaben. Zwar tauchte schon relativ früh innerhalb der Administration die Vorstellung auf, dass dies zur Erleichterung der staatlichen Finanzkrise und zu einer Effizienzsteigerung und Rationalisierung der Produktion beitragen könnte. Allerdings war und ist die Sorge verbreitet, dass eine Veräußerung staatlich dominierter Großunternehmen politisch unliebsame Folgen wie Massenentlassungen haben könnte (vgl. Ayubi 1995: 369ff; Wils 2003: 187). Zudem verbreiteten verschiedene Gruppen die Übernahme von Staatsunternehmen durch israelische InvestorInnen als Schreckensszenario und prangerten in diesem Zuge den Verkauf von Staatsanteilen öffentlich an (vgl. Knowles 2005: 157). Schließlich stellte der Sektor der Staatsunternehmen eine wichtige Arena der Elitenzirkulation dar und bot somit eine Möglichkeit staatlicher Kooptation (vgl. Piro 1998: 81ff).

Entsprechend dieser politischen Vorbehalte verlief der Privatisierungsprozess bis Ende der 1990er Jahre relativ schleppend. Mit der Bedeutungszunahme der „Generation Abdallah“ (Schlumberger/Bank 2004) in relevanten Staatsapparaten nahm jedoch die Bereitschaft, Staatsunternehmen zu privatisieren, zu. Mittlerweile wurden staatliche Anteile an strategisch bedeutsamen Unternehmen ganz oder teilweise veräußert oder geleast – und zwar sowohl an ausländische wie an jordanische InvestorInnen (vgl. Executive Privatization Commission 2008). Im Zuge dessen wurde allerdings eine Vielzahl indirekter staatlicher Kontrollmechanismen etabliert bzw. ausgebaut. Darunter fällt z.B. die gesetzliche Verpflichtung neuer Hauptanteils-

eignerInnen, über mehrere Jahre hinweg keine Entlassungen vorzunehmen (vgl. Greenwood 2003a: 263; Knowles 2005: 155ff). Sie ging einher mit wiederholten öffentlichen Versprechen hochrangiger Regierungsmitglieder, Entlassungen zu verhindern. Dies zeigt, dass trotz einer strategischen Reorientierung das Modell des Versorgungsstaates weiterhin relevant ist und in die Politikgestaltung einfließt (vgl. Schlumberger 2004: 147f).

Der Umgang mit Subventionen auf Güter des täglichen Lebensbedarfs folgt einem ähnlichen Muster: unter dem Druck von IWF und internationaler Gebergemeinschaft wurden seit 1989 zahlreiche Subventionen abgeschafft. In den 1990er Jahren gab es hierbei große Widerstände, zumal die Streichung oder Reduzierung von Subventionen wiederholt (1989, 1996, 2002) zu größeren Aufständen führte (vgl. Andoni/Schwedler 1996; Dietrich 2003). In den letzten Jahren hat sich mit dem Einzug der „Generation Abdallah“ die Bereitschaft erhöht, Subventionen zu streichen. Im letzten Jahr wurden beispielsweise Subventionen auf Mehl, Tierfutter, Setzlinge und vor allem Energie gestrichen oder bestenfalls reduziert. Vor allem die sukzessive Erhöhung des Ölpreises bringt mit sich, dass alle Preise steigen, auch für Grundnahrungsmittel wie Brot. Dies wird nicht nur von den ärmeren Bevölkerungsteilen, sondern auch von den Mittelschichten zunehmend als bedrohlich wahrgenommen. Einige sensible Subventionen (z.B. für Gasflaschen) wurden allerdings bis heute beibehalten oder werden nur in kleinen Schritten abgebaut und durch andere Unterstützungsmechanismen ersetzt (vgl. z.B. „Gov’t to push for JD500 million budget supplement“, Jordan Times, 17.3.2008). Dies zeigt, dass sich auch die „Generation Abdallah“ ihrer Bedeutung für die politische Stabilität im Land bewusst ist.

3.1 Neue Formen des Regierens

Über spezifische politökonomische Strategien hinaus sind in den letzten Jahren neue Kooperationsformen zwischen staatlichen Institutionen und privaten AkteurInnen entstanden. Schon seit 1996 wurden mehrere so genannte *Qualifying Industrial Zones* (QIZ) geschaffen, in deren Rahmen Güter freien Zugang zum US-Markt bekommen, die dort zu einem Mindestanteil von israelischen und jordanischen HerstellerInnen produziert werden. Nach der Machtübernahme Abdallahs II. wurden diese ausgebaut und weitere Entwicklungszonen designiert und etabliert. Ein Prestige-Projekt ist die *Aqaba Special Economic Zone*, eine auf Initiative des ECC und

internationaler Geldgeber, v.a. USAID, ins Leben gerufene Freihandelszone, die Jordaniens einzigen Hafen Aqaba umschließt. Sie basiert auf niedrigen Zöllen und Steuersätzen und verfügt über eine Administration mit eigenständigem Budget und weitreichenden legislativen und exekutiven Kompetenzen (vgl. Kardoosh 2004; Schlumberger 2004: 141f). Ähnliche Ausnahmeregelungen gelten für die Stadtverwaltung der Hauptstadt, die seit 1995 nicht mehr dem Ministerium für Gemeindeangelegenheiten, sondern direkt dem Premierminister untersteht. Unter dem Gewand effizienter, marktorientierter Lösungen und weitgehend ohne demokratische Kontrolle entstehen dort seit ca. 1999 neue *Public-Private-Partnerships* zwischen staatlichen Institutionen, privaten InvestorInnen und Entwicklungsinstitutionen wie USAID und Weltbank. Derartige Zonen lassen sich als zunehmend infrastrukturell miteinander verbundene neoliberale Enklaven begreifen, die große Teile der jordanischen Bevölkerung ausschließen und räumlich umgehen (vgl. Parker 2008).

Eine derartige Verschiebung von Regierungsformen lässt sich nicht nur in Bezug auf größere ökonomische Prestigeprojekte, sondern auch im sozialpolitischen Bereich beobachten. Seit Mitte der 1990er Jahre ist dort – unter den Schlagworten Armutsbekämpfung, Dezentralisierung und Partizipation – eine Hinwendung zur projektförmigen Kooperation mit formell nichtstaatlichen AkteurInnen zu beobachten. Große, geberfinanzierte Armutsbekämpfungsprojekte werden formell offiziell ausgeschrieben, doch nur ein kleiner Teil der in Jordanien aktiven nichtstaatlichen Organisationen ist finanziell und in Bezug auf Kapazitäten in der Lage, sich darum zu bewerben; in der Regel sind dies die so genannten *Royal NGOs*, die unter der Patronage von Mitgliedern der Königsfamilie stehen und eine staatstragende Vision von Partizipation auf kommunaler Ebene stark machen, z.B. über Mikrokreditprogramme oder *Community Centers* (für das aufschlussreiche Beispiel des *Jordan Hashemite Fund for Human Development* (JOHUD), vgl. Bint-Talal 2004). Einige wenige Prestigeprojekte, z.B. ein Gemeindezentrum im Ammaner Stadtteil *Jabal Al-Natheef*, werden gänzlich durch jordanische bzw. arabische Privatunternehmen finanziert (vgl. Ruwwad 2006–2008). Auch in diesem Feld zeigt sich allerdings, dass die strategische Richtung solcher Transformationen nicht eindeutig ist. Neben dem Diskurs der treffsichereren, partizipativen Armutsbekämpfung steht weiterhin der des Staates als Versorger. So wird derzeit im öffentli-

chen Diskurs um Subventionsstreichungen und Preissteigerungen suggeriert, der Staat könnte durch assistentialistische Maßnahmen wie die Anhebung der Löhne im öffentlichen Dienst und Kompensationszahlungen für die Ärmsten der Armen breite Bevölkerungsteile weiterhin absichern (vgl. z.B. „King orders contingency plan to rein in price hikes“, Jordan Times, 11.4.2008). Zudem werden gezielt nichtstaatliche Organisationen gefördert (bzw. durch Mitglieder der Königsfamilie neu gegründet), die sich unter Rückgriff auf einen islamisch geprägten Diskurs der Wohltätigkeit der Versorgung der Armen widmen (vgl. z.B. Tkiyet Um Ali 2008). Auf diese Weise versuchen Königshaus und Regierungen seit einigen Jahren, den Einfluss unabhängiger islamischer Netzwerke, die sich im Sozialbereich engagieren, einzudämmen (vgl. Schwedler 2002: 22; Lenner 2008, Interview mit Mohammed Abu Rumman). Beide Strategien, die der Hilfe zur Selbsthilfe und die der Versorgung, werden in unterschiedlichen Staatsapparaten verfolgt; in der Rhetorik von Regierung und Königshaus mischen sie sich oftmals. Die Dominanzverhältnisse sind relativ klar – auf der Ebene artikulierter politischer Strategien sowie in Bezug auf die Allokation von Geldern der Entwicklungszusammenarbeit herrscht der Post-Washington-Consensus vor. Dennoch ist die Rolle des Staates als Versorger weiter relevant und nimmt im gegenwärtigen Kontext an Bedeutung eher zu als ab.

4. Das Ringen um Repräsentationsformen im „neuen Jordanien“

Staatsformen im globalen Süden gehen allerdings über polit-ökonomische Entwicklungsstrategien hinaus. Um zu erfassen, wie diese politisch verhandelt und durchgesetzt werden, ist u.a. die Frage nach Repräsentationsformen zentral. Damit sind die staatlichen Formen gemeint, in denen gesellschaftliche Interessen sich politisch konstituieren und artikulieren. Im Kontext peripher-kapitalistischer Wirtschaftsordnungen sind – ebenso wie in denen des Nordens – viele Repräsentationsformen denkbar, z.B. korporatistische, klientelistische oder parlamentarische (vgl. Jessop 1990: 160ff). Wie das jordanische Beispiel zeigt, sind Mischformen dabei gängig. Ebenso wie die Formen polit-ökonomischer Intervention sind auch die Repräsentationsformen umkämpft.

Während staatlichen Repräsentationsformen grundsätzlich eine größere Variationsbreite zugesprochen werden kann als staatlichen Interventionsformen (vgl. Jessop 1990: 162), sind auch hier in der Ära des *Good-Governance*-Diskurses und der gezielten „Demokratieförderung“ die Spielräume enger geworden (vgl. Ziai 2006: 70ff). Obwohl z.B. aufgrund von Interessenkonflikten die im Rahmen des Barcelona-Prozesses formulierten Demokratisierungsstrategien der Europäischen Union gegenüber den arabischen „Partnerstaaten“ nicht konsequent verfolgt werden (vgl. Niblock 1998), bilden seit den späten 1980er Jahren die internationalen Diskurse des demokratischen Aufbruchs und der *Good Governance* eine Rahmenbedingung für die Restrukturierung staatlicher Repräsentationsformen in Jordanien, die die polit-ökonomischen Transformationen flankiert.

Nachdem 1989 mit der Hinwendung zum IWF die ökonomische und politische Krise im Land kulminierte, wurde nach über 30 Jahren Parteien- und Versammlungsverbot ein begrenzter politischer Öffnungsprozess eingeleitet. Dieser lässt sich einerseits als eine Strategie lesen, angesichts des weltpolitischen Klimas die internationale Reputation Jordaniens zu verbessern und dadurch Zuwendungen und Kredite zu sichern. Als Staat, der von solchen Zahlungen in hohem Maße abhängig ist, ist eine derartige Imagepolitik von zentraler Bedeutung (vgl. Lenner 2007: 47). Sie stellte aber zugleich eine Reaktion auf weit verbreitete Unzufriedenheit über die soziale und politische Situation im Land dar. Nachdem die jordanische Regierung im April 1989 auf Geheiß des IWF Subventionen für Benzin und andere wichtige Güter des täglichen Lebensbedarfs strich, entlud sich diese in Unruhen vor allem in ländlichen Gebieten im Süden des Landes. Sie gingen besonders vom transjordanischen Bevölkerungsteil aus, der über Jahrzehnte hinweg über derartige Subventionen unterstützt wurde und bis dahin eine loyale Basis der Monarchie bildete. Auf die April-Unruhen folgten Forderungen nach politischen und ökonomischen Reformen aus verschiedenen Teilen der jordanischen Zivilgesellschaft: „Vertreter der Stämme meldeten sich ebenso zu Wort wie Notabeln aus Karak, Madaba, Salt, Irbid oder Mafraq, Vertreter der Berufsverbände ebenso wie Intellektuelle, Frauen- und Jugendorganisationen und linke Gruppierungen“ (Dieterich 1999: 147).

Auch wenn diese Gruppierungen nur begrenzt Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen hatten, begann in Folge dieser Ereignisse ein durch das Königshaus gesteuerter politischer Restrukturierungsprozess. Er bein-

haltete u.a. die Wiedereinführung von Wahlen, die Wiederzulassung von Parteien, die Aufhebung des Ausnahmezustands, die Freilassung von Gefangenen und Veränderungen im Presse- und Versammlungsrecht. Im Rahmen dieses Prozesses gingen Integrationsangebote an oppositionelle Kräfte mit desorganisierenden bzw. repressiven Maßnahmen einher. Während bis 1993 eher ein Klima politischer Öffnung vorherrschte, traten ab dann, vor allem als Reaktion auf organisierte Kritik an der jordanischen Normalisierungspolitik gegenüber Israel und auf weitere Aufstände nach Subventionsstreichungen, die repressiven Elemente stärker in den Vordergrund (vgl. Lucas 2003; Greenwood 2003a; Ryan/Schwedler 2004).

4.1 Wechselnde Bedeutungen des Parlamentarismus

Das Beispiel des Parlamentarismus und der Wahlgesetzgebung kann die Bedeutung staatlicher Repräsentationsformen und das Ringen um sie verdeutlichen. In Bezug auf politische Entscheidungsprozesse ist die Bedeutung des Parlaments zwar relativ begrenzt. Es darf Gesetzesvorlagen der Regierung oder des Senats (der zweiten Kammer) diskutieren, modifizieren und verabschieden, hat aber kein Recht zur Einbringung von Gesetzesinitiativen. Die Regierung benötigt zwar das Vertrauen des Parlaments, allerdings hat dieses keinen Zugriff auf den König als Spitze der Exekutive und faktisches Machtzentrum (vgl. Dieterich 1999: 152ff). Trotz dieser begrenzten Bedeutung für politische Entscheidungsprozesse hat Parlamentarismus in Jordanien eine lange Tradition als Form der Repräsentation verschiedener sozialer Kräfte und der Artikulation ihrer politischen Anliegen (vgl. Schwedler 2006: 40ff). Seit 1989 ist er auf der Basis freier Wahlen zu einer politischen Normalität geworden. In Krisenzeiten wird diese allerdings auch immer wieder ausgesetzt: So hatte König Abdallah zwischen 2001 und 2003 das Parlament aufgelöst, unter Verweis auf die regionalen Krisen in Palästina und Irak Neuwahlen wiederholt verschoben und über temporäre Gesetze regiert.

In Bezug auf die letzten Legislaturperioden ist immer wieder festgestellt worden, dass sich das Parlament zunehmend zu einer Ansammlung von „DienstleistungskandidatInnen“ entwickelt, die keine spezifische politische Agenda verfolgen, sondern als *wasta*, also als VermittlerInnen fungieren (vgl. Bank 2003). Um derartige Hilfen in Anspruch nehmen zu können, entscheiden sich WählerInnen bevorzugt für KandidatInnen, die ihnen

persönlich bekannt oder familiär verbunden sind. Mobilisiert wird entsprechend oft auf der Basis von Großfamilien; ein großer Teil der KandidatInnen hat einen transjordanischen, ländlichen und clanbasierten Hintergrund, rekrutiert sich also einer zentralen sozialen Basis der haschemitischen Monarchie. Bei den letzten Parlamentswahlen ist zudem die Bedeutung reicher Geschäftsleute deutlich gestiegen, die Teil der neuen ökonomischen und politischen Eliten der „Generation Abdallah“ sind. Parteien spielen demgegenüber nur eine geringe Rolle (vgl. Lenner 2007).

Diese Form parlamentarischer Repräsentation beruht allerdings nicht „organisch“ auf der jordanischen Sozialstruktur, sondern geht auf gezielte politische Interventionen zurück. Zum einen ist die geringe Bedeutung von Parteien eine Folge des von 1957 bis 1992 geltenden Parteienverbots, das davor entstandene rege parteipolitische Aktivitäten unterminierte. In Bezug auf die 1990er Jahre beruht sie darüber hinaus auf der subtilen Restrukturierung staatlicher Repräsentationsformen. Die jordanischen Muslimbrüder, die seit 1992 parteipolitisch als *Islamic Action Front* (IAF) organisiert sind, errangen in den ersten Parlamentswahlen 1989 eine hohe Anzahl von Parlamentssitzen, obwohl die Wahlkreiseinteilung die dünn besiedelten ländlichen Gebiete gegenüber den palästinensisch dominierten Städten, in denen sie ihre Basis haben, klar bevorzugte. Das Wahlergebnis zeigte, dass die Muslimbrüder in den Jahren seit dem Parteienverbot zu einer wichtigen sozialen und politischen Kraft geworden waren – v.a. über ihre durch die Monarchie geduldeten sozialen Aktivitäten (vgl. Abu Rumman 2007: 18ff). Nachdem die IAF jedoch ab ca. 1993 begann, öffentlich die „Normalisierungspolitik“ des Königshauses gegenüber Israel als verfehlt zu kritisieren und das Parlament als Forum dazu zu nutzen, wurde vor allem über die Wahlgesetzgebung versucht, ihre parlamentarische Relevanz zu verringern.

Prinzip des Wahlgesetzes, das 1993 per Eilverordnung eingeführt wurde ist, dass jede/r WählerIn nur eine Stimme hat, die für eine Person, nicht etwa eine (Partei-)Liste abgegeben wird. Dies befördert ein Wahlverhalten nach familiären Loyalitäten und klientelistischen Gesichtspunkten und verhindert eine Stimmabgabe entlang politischer Motive. In der vorausgehenden Wahlgesetzgebung entsprach die Zahl der Stimmen der Anzahl der pro Wahlkreis zu wählenden Sitze, was es WählerInnen ermöglichte, komplexe Zugehörigkeiten und Interessen in ihre Wahlentscheidung einfließen zu lassen (vgl. Schwedler 2006: 52f). Das neue Wahlgesetz wird bis heute von

vielen politischen Kräften als die politische Repräsentation verzerrend und entpolitisiert kritisiert. Trotz wiederholter Boykotte und Boykottandrohungen durch die IAF und einige kleinere, links orientierte Parteien wurde es aber seither nur geringfügig verändert.

Als Konsequenz verlor die IAF sukzessive an parlamentarischer Präsenz, und die Wahlbeteiligung in den Städten sank noch weiter. Das Gros der palästinensischstämmigen JordanierInnen nimmt Parlamentswahlen heute als ein Ereignis wahr, das sich ausschließlich an den transjordanischen Bevölkerungsteil richtet (Lenner 2007: 48). In der Tat lässt sich die neue Wahlgesetzgebung als Versuch interpretieren, das Verhältnis zwischen der Monarchie und dem transjordanischen Bevölkerungsteil angesichts der sie tendenziell marginalisierenden ökonomischen Restrukturierungen neu zu konsolidieren (vgl. Greenwood 2003b: 256ff). In seiner Folge ist die Bedeutung der prinzipiell königs- und regierungstreuen Klientel weiter gestiegen. Wie Studien zeigen, gibt es allerdings eine große Resignation der Bevölkerung gegenüber der Fähigkeit der ParlamentarierInnen, die von ihnen erhofften Dienstleistungen tatsächlich zu erbringen (vgl. z.B. CSS 2007). Dennoch führen familiäre Loyalitäten, sozialer Druck und die Hoffnung, die gewählten KandidatInnen könnten doch in irgendeiner Weise hilfreich sein, zu einer weiterhin hohen Wahlbeteiligung im Süden des Landes. Die Wahlen stellen dort auch einen wichtigen Bezugspunkt politischer Mobilisierung und kollektiver Identifikation dar (vgl. Layne 1994: 108ff).

Über Instrumente wie die Wahlgesetzgebung wurde also im Laufe der 1990er Jahre entscheidend darauf Einfluss genommen, welche Interessen sich wie parlamentarisch artikulieren konnten. Das Parlament entwickelte eine klientelistische Selektivität, in der Parteien zunehmend an Attraktivität verloren. Damit trug und trägt die Wahlgesetzgebung zur Desorganisation politischer Opposition bei, die diese Formen erfolglos kritisiert und sich im Parlament nur noch begrenzt artikulieren kann.

4.2 Korporatistische Repräsentationsformen

Neben der parlamentarischen Form sind in Jordanien nach 1989 auch korporatistische Repräsentationsformen relevant, also solche, die auf der Einteilung in funktionale Gruppierungen beruhen und oft auf Klassenbasis organisiert sind (vgl. Ayubi 1995: 33ff; Jessop 1990: 163f).

Die Gewerkschaften stellen – trotz ihrer nominell hohen Mitgliedschaftszahlen – nach wie vor einen sehr untergeordneten politischen Akteur dar. Waren sie in den 1950er und 1960er Jahren noch stark politisiert und besonders durch die palästinensische Nationalbewegung beeinflusst, so wurde seit ihrer Restrukturierung in den 1970er Jahren jegliche eigenständige Artikulation politischer Interessen im Keim erstickt. Die Gewerkschaften wurden mit Geheimdienstpersonal durchsetzt, von klientelistischen FunktionärInnen geleitet und von wachsender Bürokratisierung bestimmt. Die politische Öffnung der 1990er Jahre führte (bislang) nicht zu ihrer Wiederbelebung als relevante Akteure. Neben den internen Strukturdefiziten ist dies auch auf die generelle Schwächung gewerkschaftlicher Interessenvertretung im Kontext hoher Arbeitslosigkeit und der neoliberalen SAPs zurückzuführen (vgl. Al-Hourani 2002: 20ff; Brand 1995a: 167ff).

Demgegenüber entwickelten sich die Berufsverbände seit den 1960er Jahren zu einer bedeutenden Arena oppositioneller politischer Repräsentation und dem wichtigsten „Ersatzterrain“ politischer Auseinandersetzung. Seither nehmen sie eine politische Doppelfunktion ein: Einerseits vertreten sie die professionellen Interessen ihrer Mitglieder und kontrollieren die Ausübung der jeweiligen Berufssparten (z.B. der IngenieurInnen, AnwältInnen und anderer Berufe der akademischen Mittelschichten). Dies verleiht ihnen ein gewisses Verhandlungsgewicht gegenüber der staatlichen Administration, in die sie über diverse technische Komitees und Ausschüsse eingebunden sind (vgl. Hermann 2000: 58). Andererseits fungieren sie – auch seit der Wiederzulassung von Parteien in den 1990er Jahren – als politische Opposition. Im Vorfeld der politischen Öffnung waren sie federführend an den Forderungen nach mehr politischer Partizipation beteiligt; im Laufe der 1990er Jahre ist jedoch das Engagement gegen die jordanische „Normalisierungspolitik“ gegenüber Israel zum Schwerpunkt der politischen Aktivitäten geworden. Obwohl Königshaus und Regierung wiederholt versuchten, die politischen Aktivitäten der Berufsverbände gesetzlich zu unterbinden, dient diese Artikulation von Opposition auch als ein wichtiges politisches Ventil und als ein Gradmesser für die politische Frustration innerhalb der akademischen Mittelschichten. Zudem werden immer wieder einzelne RepräsentantInnen der Berufsverbände in Regierungsämter eingebunden, und im informellen Rahmen finden gelegentliche Konsultationen zwischen Berufsverbänden und Königshaus statt (vgl. Nevo 2001).

Allerdings gibt es keine institutionalisierten Kanäle für die Artikulation und Verhandlung politischer Anliegen der Berufsverbände. Dies hat dazu beigetragen, dass sich ihre Opposition in erster Linie außerinstitutionell und auf einer rhetorischen Ebene artikuliert hat (vgl. Dieterich 1999: 314).

4.3 Politische Oppositionsbewegungen und ihre Grenzen

Die Berufsverbände waren und sind zentraler Bestandteil der jordanischen Antinormalisierungsbewegung, die in den frühen 1990er Jahren entstand und sich seither gegen die Modalitäten des Friedensschlusses mit Israel wendet und die Entwicklungen im arabisch-israelischen Konflikt politisch skandalisiert. Die soziale Basis dieser Bewegung ist der palästinensische Bevölkerungsteil, wobei es durchaus auch prominente transjordanische KritikerInnen der Normalisierung (*tabbi*) des jordanisch-israelischen Verhältnisses gibt. Organisatorisch wird die Bewegung neben den Berufsverbänden auch von der IAF und kontextabhängigen breiteren Bündnissen getragen. Auf der einen Seite gelang es der Antinormalisierungsbewegung, einen breiten Gegendiskurs zu einem zentralen Aspekt jordanischer Politik seit 1989 zu etablieren und zivilgesellschaftlich zu verankern, z.B. über die Organisation großer Protestmärsche, den Boykott einer jordanisch-israelischen Handelsmesse oder die Veröffentlichung schwarzer Listen von UnternehmerInnen, die mit israelischen kooperierten. Auf der anderen Seite fanden ihre Forderungen nach einem Abbruch oder der klaren Begrenzung der Beziehungen mit Israel nur auf einer rhetorischen Ebene Eingang in staatliche Strategien. Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass die jordanischen Regierungen ein starkes Interesse daran hatten, am Friedensvertrag festzuhalten, um die finanzielle und politische Unterstützung der USA zu sichern. Auch die funktionierende Kooperation zwischen israelischen UnternehmerInnen und den unternehmerischen Eliten der „Generation Abdallah“ spielt eine wichtige Rolle (zu dieser Kooperation, vgl. Bouillon 2004). Zentral ist aber nicht zuletzt die mangelnde institutionelle Anbindung dieser Bewegung an politische Entscheidungszentren. Zudem hat sich die Antinormalisierungsbewegung bislang stark auf regionalpolitische Themen konzentriert und kaum deutliche Kritik an der Strukturangepassungspolitik von Regierungen und Königshaus geleistet. Insofern ist „die Antinormalisierungsbewegung, die das innenpolitische Leben Jordaniens seit Jahren dominiert, aufgrund ihrer Intransigenz aber auch lahm legt, ein

urbanes Phänomen, das nur wenig mit den aktuellen Nöten und Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung gemein hat“ (Dieterich 2003: 30).

Wirkungsvolle, breite Opposition wird zudem durch die bereits beschriebenen klientelistischen Formen von Inklusion und Exklusion zerstreut. Zwar wurde in den letzten Jahren auf einer rhetorischen Ebene vermehrt betont, dass der „Korruption“ vor allem innerhalb der staatlichen Administration Einhalt geboten werden müsse, um deren Effizienz zu steigern (vgl. Cunningham/Sarayrah 1994; Loewe et al. 2007). Die in der Wahrnehmung breiter Bevölkerungsteile weiterhin hohe Bedeutung von *wasta* verweist aber darauf, dass klientelistische Interaktionsformen im Kontext der tendenziellen Reduktion staatlicher Dienste und Posten einen wichtigen Krisenbewältigungsmechanismus darstellen. Wie das Beispiel des Parlamentarismus zeigt, ist die Patronagefunktion v.a. gegenüber den unteren Bevölkerungsschichten real begrenzt. Als Form der „Ruhigstellung“ und damit der Desorganisation sind die etablierten klientelistischen Formen allerdings durchaus wirkungsvoll.

Schließlich spielt auch das militärische Kräfteverhältnis eine entscheidende Rolle, um destabilisierende Formen politischer Opposition zu verhindern. Zwar gibt im Rahmen von Aufständen und Demonstrationen in Jordanien nur selten Tote, dennoch werden regelmäßig Bereitschaftspolizei, Sicherheitsdienste, Militär und *mukhabarat* (Geheimpolizei) eingesetzt, um unliebsame Demonstrationen gegen regionale oder sozio-ökonomische Politiken zu unterbinden und zu zerstreuen. Unter dem als liberal geltenden König Abdallah wurden derartige Sicherheitsvorkehrungen bislang eher verstärkt als abgeschwächt – nicht zuletzt unter Bezugnahme auf den Diskurs des *War on Terror* (vgl. Schwedler 2002). Aber auch über direkte staatliche Gewalt hinaus führt die vage Angst vor Repressionen zu Mechanismen der Selbstzensur und dazu, dass das Gros der Bevölkerung die von Seiten der regierungsnahen Medien vorgezeichneten roten Linien nicht überschreitet.

Im Rückbezug auf die einleitende Beobachtung, dass es im Gegensatz zu anderen regionalen Kontexten in Jordanien keine organisierte soziale Bewegung gegen neoliberale politische Strategien gibt, lässt sich zusammenfassend festhalten, dass die Strukturierung des politischen Terrains, insbesondere der staatlichen Repräsentationsformen dabei eine bedeutende Rolle spielt. Die etablierten Formen politischer Willensbildung verhindern

bislang, dass die politischen Anliegen großer Bevölkerungsteile artikuliert werden; organisierte oppositionelle Kräfte konzentrieren sich auf den regionalpolitischen Kontext und vernachlässigen demgegenüber sozioökonomische Aspekte. Die unterschiedlichen Formen politischer Integration und Desorganisation, die sich im Zusammenspiel staatlicher Institutionen und politischer Bewegungen etabliert haben, haben eine Verbindung zwischen Problemen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung erschwert, auch wenn ihre materiellen Alltagsorgen sich mittlerweile oft gleichen. Dieser Zustand kann allerdings nicht nur auf die staatlichen Repräsentationsformen zurückgeführt werden. Die weitgehende Ignoranz von IAF und Antinormalisierungsbewegung – den einzigen potentiell hegemoniefähigen oppositionellen Akteuren – gegenüber sozioökonomischen Themen ist auch ein Ergebnis der Binnendynamik politischer Opposition und der mangelhaften Ausnutzung von Handlungsspielräumen (vgl. Abu Rumman 2007: 50f).

4.4 Hegemoniale Projekte und attraktive Konsumangebote

Die Frage, warum es keine breiteren organisierten Proteste gegen die neoliberale staatliche Ausrichtung gibt, verweist darüber hinaus auf die Relevanz hegemonialer Projekte. Dazu gehören nicht nur Vorstellungen darüber, welche ökonomischen Strategien die materielle Reproduktion einer Gesellschaft sichern sollen, sondern auch nationale Erzählungen, die der politischen Gemeinschaft einen tieferen Sinn verleihen sollen (vgl. Jessop 1990: 207f). Ein zentraler Bestandteil der nationalen Erzählung, die über Jahrzehnte durch regierungsnahe Medien und Institutionen wie Schulen und das Militär etabliert wurde, ist die Gleichsetzung des jordanischen Staates mit der haschemitischen Monarchie. Diese war nicht selbstverständlich angesichts der Tatsache, dass die Haschemiten keine einheimischen Eliten waren. Sie stammen aus dem *Hejaz*, wurden durch die britische Mandatsmacht installiert und regierten bis in die 1950er Jahre hinein einen quasi-kolonialen Staat. Heute gibt es aber kaum jemanden, der öffentlich die Monarchie in Frage stellt. Die öffentliche Verleumdung der Monarchie wird zwar gesetzlich sanktioniert (vgl. Dieterich 1999: 193ff); in der Regel ist dies jedoch unnötig, da sich dieser Diskurs so in den Alltagsverstand eingeschrieben hat, dass die meisten JordanierInnen sehr klar zwischen Regierung und Monarchie unterscheiden und im Konfliktfall nicht die

Monarchie, sondern die jeweiligen Regierungen kritisieren und angreifen. Während der Aufstände gegen Subventionskürzungen in Karak 1996 z.B. skandierten die Protestierenden „Lang lebe der König – nieder mit Kabariti“ (dem damaligen Premierminister, der die IWF-Maßgaben durchsetzte) (vgl. Andoni/Schwedler 1996: 41). De facto sind der König und seine Palastelite das Machtzentrum und Regierungen allenfalls ausführende Organe, aber dadurch, dass die Monarchie einen sakrosankten Status hat, kann kaum eine grundsätzlichere Kritik an ihrer politischen Ausrichtung formuliert werden.

Der Versuch, eine jordanische *imagined community* (Anderson 1983) zu schaffen, beinhaltet darüber hinaus die folkloristische Vereinnahmung von beduinischen Traditionen des transjordanischen Bevölkerungsteils als „nationale Traditionen“. Hinzu kommt die abwechselnde Herstellung oder Verneinung einer Verbindung der haschemitischen Monarchie mit Palästina und der palästinensischen Sache (vgl. Massad 2001). Beide Aspekte waren und sind angesichts des komplizierten und wechselhaften Verhältnisses Jordaniens zu Palästina und der beiden jordanischen Bevölkerungsteile zueinander allerdings nur begrenzt integrativ. So entstand im Laufe der 1990er Jahre ein exklusiver transjordanisch-nationalistischer Trend, der sich gegen den wahrgenommenen steigenden Einfluss des palästinensischstämmigen Bevölkerungsteils wandte und sich dabei auf offizielle nationalistische Erzählungen berief (vgl. Lynch 1999: 111ff; Shryock 1997: 323ff).

Demgegenüber tragen im Zuge der Staatswerdung der „Generation Abdallah“ der Diskurs der Modernität und Globalität und die damit einhergehenden Konsumangebote dazu bei, eine Bindung vor allem städtischer Bevölkerungsteile an die Monarchie zu schaffen oder zu erneuern. Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, z.B. in der in den letzten Jahren explodierenden Zahl von *Shopping Malls*, können zwar nur von der kleinen Oberschicht Ammans voll genutzt werden, haben aber darüber hinaus große Anziehungskraft für die städtischen Mittelschichten (vgl. Parker 2007: 16ff). Dazu kommt die im Vergleich zu benachbarten Staaten wie Syrien sehr freie und weit verbreitete Internetkommunikation, z.B. über Portale wie *facebook*, Chat-Programme oder *blogs*. Solche Angebote kompensieren die mangelnde politische Partizipation gerade dieser Bevölkerungsschichten und tragen zu ihrer passiven Zustimmung zum Status Quo bei.

5. Schlussfolgerungen

Das Beispiel Jordaniens seit 1989 zeigt, dass eine Binnenanalyse politischer Formen und Strategien auf dem staatlichen Terrain notwendig ist, um die Dynamik abhängiger Staatlichkeit im Wandel zu verstehen. Auch Staaten im globalen Süden sind als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen und als Raum politischer Auseinandersetzung zu verstehen.

Dazu gehört zum einen die strategische Bezugnahme staatlicher AkteurInnen auf Vorgaben internationaler politischer Organisationen und AkteurInnen der Entwicklungszusammenarbeit, die von ihren jeweiligen Vorstellungswelten und den Kräfteverhältnissen im Inneren des Staates abhängt. Die Veränderungen, die im Zuge der Machtübernahme von König Abdallah II. im Hinblick auf die Zusammensetzung und Anordnung der Staatsapparate, auf staatliche Interventions- und Repräsentationsformen entstanden sind, illustrieren die Bedeutung einer solchen Betrachtung. Sie zeigen, dass es einen Unterschied macht, welche Kräfte in welchen Staatsapparaten welche politischen Strategien verfolgen. Dies wird im Rahmen von Einzelfallanalysen (z.B. Alissa 2007; Schlumberger 2004; Wils 2003) mitgedacht und einbezogen; theoretisch ist es aber bislang nur begrenzt Teil der Debatten um periphere Staatlichkeit. Auch wenn Jordanien nicht zu einem relevanten Akteur auf der internationalen Bühne geworden ist und weiterhin abhängig in den Weltmarktzusammenhang eingegliedert ist, gibt es Spielräume und insofern Abstufungen von Abhängigkeit, die auch theoretisch Beachtung finden sollten.

Zum anderen wurde die Bedeutung der seit 1989 etablierten Repräsentationsformen betont, da diese Aufschluss darüber geben, wie die eingeschlagenen politischen Strategien vermittelt, durchgesetzt und umkämpft wurden und warum sich im jordanischen Fall bislang keine globalisierungskritische Bewegung gebildet hat, obwohl die verfolgten neoliberalen Politiken große Teile der Bevölkerung zunehmend marginalisieren. Warum dies im Gegensatz zu anderen vergleichbaren Staaten der Fall ist, lässt sich sinnvoll nur auf der Basis vergleichender empirischer Untersuchungen analysieren. Soziale Bewegung ist ein komplexer Prozess, der nur begrenzt über staatsrechtliche Instrumente erfasst werden kann. Eine kritische Staatstheorie sollte jedoch möglichst anschlussfähig für Untersuchungen der „Niederungen“ politischer Kämpfe im globalen Süden sein und, wie am jorda-

nischen Beispiel dargelegt, trägt eine Analyse von Repräsentationsformen und symbolischer Dimensionen staatlicher Herrschaft dazu bei, eine solche Anschlussfähigkeit zu gewährleisten.

Eine stärkere Zusammenführung der Frage nach Repräsentationsformen mit polit-ökonomischen Aspekten ist dabei allerdings noch zu leisten. Akademische Diskussionen hierüber wurden in Bezug auf Jordanien bislang weitgehend getrennt geführt. So sparen z.B. Untersuchungen der Netzwerke zwischen UnternehmerInnen und BürokratInnen den Aspekt des Parlamentarismus, auf den ich mich konzentriert habe, aus und thematisieren – wenn überhaupt – Repräsentation über Handelskammern und informelle Netzwerke (z.B. Wils 2003). Demgegenüber werden staatliche Repräsentationsformen meist mit einem Fokus auf Regimewandel oder auf die Einbindung moderater islamischer Kräfte diskutiert (z.B. Dieterich 1999; Schwedler 2006); dabei spielen polit-ökonomische Faktoren kaum eine Rolle. Die hier vorgenommene theoretische Reformulierung ist also nur ein erster Schritt zu einer solchen Zusammenführung; folgen müssten genauere empirische Analysen, z.B. einzelner AkteurInnen im Parlament oder Senat, ihrer ökonomischen Interessen, Netzwerke und Interaktionsformen.

Ebenso ist ein genauerer Blick auf symbolische Aspekte hegemonialer Projekte und das Ringen um sie wichtig für das Verständnis politischen Wandels in Jordanien seit 1989 (vgl. hierzu ausführlicher Lenner 2006: 92ff). In jedem Fall verweist das jordanische Beispiel darauf, dass die Untersuchung des Wandels abhängiger Staatlichkeit ein feineres theoretisches Instrumentarium entwickeln sollte, um den stattfindenden Transformationen und den Kämpfen um die politischen Formen, die sich auf dem Terrain des Staates entwickeln, gerecht zu werden.

¹ Dieser Beitrag baut in zentralen Punkten auf meiner Diplomarbeit (Lenner 2006) auf. Für produktive Diskussionen danke ich Asia Afaneh, Ilker Ataç, André Bank, Bernhard Leubolt und Wolfram Schaffar.

² Eigene Berechnung – Grundlagen: DOS 2007: Tb. 19.1; „\$680m committed to Jordan in 2007“, Jordan Times, 3.1.2008.

Literatur

- Abu Rumman, Mohammad (2007): The Muslim Brotherhood in the 2007 Jordanian Parliamentary Elections. A Passing „Political Setback“ or Diminished Popularity? Amman: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Al-Hourani, Hani (2002): The Jordanian Labour Movement: History, Structure and Challenges. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Alissa, Sufyan (2007): Rethinking Economic Reform in Jordan. Confronting Socio-economic Realities. Carnegie Papers 4. Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.
- Alnasseri, Sabah (2004): Periphere Regulation. Regulationstheoretische Konzepte zur Analyse von Entwicklungsstrategien im arabischen Raum. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Anderer, Gilbert (1991): Die politische Ökonomie eines Allokationssystems: Jordanien und die internationale Arbeitsmigration seit 1973. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Anderson, Benedict (1983): Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. London: Verso.
- Anderson, Betty (2003): Review Essay: The Evolution of Jordanian Studies. In: Critique: Critical Middle Eastern Studies 12 (2), 197-202.
- Andoni, Lamis/Schwedler, Jillian (1996): Bread Riots in Jordan. In: Middle East Report (201), 40-42.
- Ayubi, Nazih N. (1995): Over-Stating the Arab State. Politics and Society in the Middle East. London: I.B. Tauris.
- Bank, André (2003): Wahlen in Jordanien. Der König und die USA sind zufrieden. In: die tageszeitung, 19.06.2003, 12.
- Bank, André (2007): Staatskonzeptionen und der Vordere Orient – Genese, politsoziologische Trends und Forschungsperspektiven. In: Albrecht, Holger (Hg.): Der Vordere Orient. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Baden-Baden: Nomos, 43-61.
- Bint-Talal, Basma (2004): Rethinking an NGO. Development, Donors and Civil Society in Jordan. London: I.B. Tauris.
- Bouillon, Marcus E. (2004): Gramsci, Political Economy, and the Decline of the Peace Process. In: Critique: Critical Middle Eastern Studies 13 (3), 239-264.
- Brand, Laurie A. (1995a): „In the Beginning was the State ...“: The Quest for Civil Society in Jordan. In: Norton, Augustus R. (Hg.): Civil Society in the Middle East, Bd. 1. Leiden & New York: Brill, 148-185.
- Brand, Laurie A. (1995b): Palestinians and Jordanians: A Crisis of Identity. In: Journal of Palestine Studies 24 (4), 46-61.
- Bromley, Simon (1994): Rethinking Middle East Politics. Cambridge: Polity Press.
- Cardoso, Fernando H./Faletto, Enzo (1976): Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- CSS (2007): Public Opinion Poll Evaluating the Performance of the 14th Parliament (2003–7) and Determinants of Voting Behaviour in the Upcoming Parliamentary Elections. Amman: Center for Strategic Studies, University of Jordan.
- Cunningham, Robert B./Sarayrah, Yasin K. (1994): Taming Wasta to Achieve Development. In: Arab Studies Quarterly 16 (3), 19–42.
- Davis, Eric (1991): Theorizing Statecraft and Social Change in Arab Oil-Producing Countries. In: Davis, Eric/Gavrielides, Nicolas (Hg.): Statecraft in the Middle East: Oil, Historical Memory and Popular Culture. Gainesville: University Presses of Florida, 1–35.
- Dieterich, Renate (1999): Transformation oder Stagnation? Die jordanische Demokratisierungspolitik seit 1989. Hamburg: Deutsches Orient-Institut.
- Dieterich, Renate (2003): Macht und Ohnmacht der Stämme: Widerstand in Maan. In: Inamo (33), 28–32.
- DOS (2007): Statistical Yearbook 2006. Amman: Department of Statistics, The Hashemite Kingdom of Jordan.
- Echagié, Ana (2008): Planting an Olive Tree: The State of Reform in Jordan. Freedom of Association and Civil Society in the Middle East and North Africa. Working Papers 56. Madrid: FRIDE.
- Elmusa, Sharif S. (1994): A Harvest of Technology. The Super-Green Revolution in the Jordan Valley. Washington, D.C.: Center for Contemporary Arab Studies, Georgetown University.
- Evers, Tilman (1977): Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt. Zur Theorie des Staates in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformationen. Köln: EVA.
- Executive Privatization Commission (2008): Transactions. <http://www.epc.gov.jo/transactions.html>, 16.04.2008.
- Franke, Yvonne (2004): Sozioökonomische Entwicklungsstrukturen zwischen Weltwirtschaft und Staat – Zur Kritik des Abhängigkeitsansatzes. In: Gerlach, Olaf (Hg.): Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie. Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel, 193–219.
- Greenwood, Scott (2003a): Jordan, the Al-Aqsa Intifada and America's „War on Terror“. In: Middle East Policy 10 (3), 90–111.
- Greenwood, Scott (2003b): Jordan's „New Bargain“: The Political Economy of Regime Security. In: Middle East Journal 57 (2), 248–269.
- Harrigan, Jane/El-Said, Hamed/Wang, Chengang (2006): The IMF and the World Bank in Jordan. A Case of Over Optimism and Elusive Growth. In: Review of International Organizations 1 (3), 263–292.
- Heigl, Miriam (2007): Peripherer Staat oder „failed states“? Zur Analyse von Staatlichkeit in abhängigen Formationen am Beispiel Mexiko. In: Prokla 37 (2), 273–288.
- Hermann, Katja (2000): Aufbruch von Unten – Möglichkeiten und Grenzen von NGOs in Jordanien. Hamburg: LIT.

- IMF (2008a): Jordan: Transactions with the Fund from May 01, 1984 to February 29, 2008. [http://www.imf.org/external/np/fin/tad/extransl.aspx?memberKey1=530&endDate=2008%2D04%2D09&finposition_flag=YES, 8.4.2008](http://www.imf.org/external/np/fin/tad/extransl.aspx?memberKey1=530&endDate=2008%2D04%2D09&finposition_flag=YES,8.4.2008).
- IMF (2008b): Jordan – 2008 Article IV Consultation Concluding Statement of the IMF Mission, 11.3.2008. <http://www.imf.org/external/np/ms/2008/031108.htm>, 14.3.2008.
- Jessop, Bob (1990): *State Theory: Putting the Capitalist State in its Place*. Cambridge: Polity Press.
- Jessop, Bob (2005): *Critical Realism and the Strategic-Relational Approach*. In: *New Formations* (56), 40-53.
- Kardoosh, Marwan A. (2004): *Governance Case Study – 2nd Draft. The Aqaba Special Economic Zone, Jordan*. Amman: Jordan Center for Public Policy Research & Dialogue.
- Khairy, Majduddin O. (1984): *Jordan and the World System: Development in the Middle East*. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Knowles, Warwick (2005): *Jordan since 1989: A Study in Political Economy*. London: I.B. Tauris.
- Layne, Linda L. (1994): *Home and Homeland: The Dialogics of Tribal and National Identities in Jordan*. Princeton: Princeton University Press.
- Lendvai, Noémi/Stubbs, Paul (2007): *Policies as Translation: Situating Trans-National Social Policies*. In: Hodgson, Susan M./Irving, Zoë (Hg.): *Policy Reconsidered. Meanings, Politics and Practices*. Bristol: Policy, 173-189.
- Lenner, Katharina (2006): *Politischer Wandel in Jordanien seit 1989 im Kontext abhängiger Staatenbildung und sozio-ökonomischer Transformationsprozesse*. Diplomarbeit. Freie Universität Berlin.
- Lenner, Katharina (2007): *Parlamentswahlen: Stillstand in der Hochglanzdemokratie*. In: *Inamo* 13 (52), 46-49.
- Lenner, Katharina (2008): *Interview mit Mohammad Abu Rumman, Amman, 6.1.2008. (Tonträger Privatbesitz)*.
- Loewe, Markus/Blume, Jonas/Schönleber, Verena/Seibert, Stella/Speer, Johanna/Voss, Christian (2007): *The Impact of Favouritism on the Business Climate. A Study on Wasta in Jordan*. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- Lucas, Russell E. (2003): *Deliberalization in Jordan*. In: Diamond, Larry (Hg.): *Islam and Democracy in the Middle East*. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 99-106.
- Lynch, Marc (1999): *State Interests and Public Spheres. The International Politics of Jordan's Identity*. New York: Columbia University Press.
- Massad, Joseph A. (2001): *Colonial Effects. The Making of National Identity in Jordan*. New York: Columbia University Press.
- Nevo, Joseph (2001): *Professional Associations in Jordan: The Backbone of an Emerging Civil Society*. In: *Asian Studies Review* 25 (2), 169-184.
- Niblock, Tim (1998): *Democratization: A Theoretical and Practical Debate*. In: *British Journal of Middle Eastern Studies* 25 (2), 221-233.

- Owen, Roger (2000): *State, Power and Politics in the Making of the Modern Middle East*. London: Routledge.
- Parker, Christopher (2008): *Tunnel Bypasses and Minarets of Capitalism*. Amman as Neoliberal Assemblage. In: *Political Geography* i.E.
- Pawelka, Peter (1985): *Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten*. Heidelberg: C.F. Müller.
- Piro, Timothy J. (1998): *The Political Economy of Market Reform in Jordan*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Poulantzas, Nicos (1977): *Die Krise der Diktaturen*. Portugal, Griechenland, Spanien. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Poulantzas, Nicos (2002 [1978]): *Staatstheorie*. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA.
- Ruf, Werner (1991): *Probleme der Analyse des Staates in der Dritten Welt*. Zur Kritik am Staatsklassenansatz. In: Leveau, Rémy/Ruf, Werner (Hg.): *Migration und Staat*. Inner- und intergesellschaftliche Prozesse am Beispiel Algerien, Türkei, Deutschland und Frankreich. Münster: LIT, 36-56.
- Ruwwad (2006–2008): *About Us*. http://ruwwad.net/home/index.php?option=com_content&task=view&cid=12&Itemid=27, 21.04.2008.
- Ryan, Curtis/Schwedler, Jillian (2004): *Return to Democratization or New Hybrid Regime? The 2003 Elections in Jordan*. In: *Middle East Policy* 11 (2), 138-151.
- Sayigh, Yezid (1991): *Jordan in the 1980s*. Legitimacy, Entity and Identity. In: Wilson, Rodney J. A. (Hg.): *Politics and the Economy in Jordan*. London: Routledge, 167-183.
- Schlumberger, Oliver (2002): *Jordan's Economy in the 1990s: Transition to Development?* In: Joffé, George (Hg.): *Jordan in Transition, 1990–2000*. London: Hurst, 225-253.
- Schlumberger, Oliver (2004): *Patrimonial Capitalism: Economic Reform and Economic Order in the Arab World*. Dissertation. Eberhard Karls Universität Tübingen. <http://tobias-lib.ub.uni-tuebingen.de/volltexte/2005/1947/>, 14.03.2008.
- Schlumberger, Oliver/Bank, André (2004): *Jordan: Between Regime Survival and Economic Reform*. In: Perthes, Volker (Hg.): *Arab Elites*. Negotiating the Politics of Change. Boulder: Lynne Rienner, 35-60.
- Schwedler, Jillian (2002): *More than a Mob*. The Dynamics of Political Demonstrations in Jordan. In: *Middle East Report* (226), 18-23.
- Schwedler, Jillian (2006): *Faith in Moderation*. Islamist Parties in Jordan and Yemen. Cambridge: Cambridge University Press.
- Shryock, Andrew (1997): *Nationalism and the Genealogical Imagination: Oral History and Textual Authority in Tribal Jordan*. Berkeley: University of California Press.
- Tkiyet Um Ali (2008): *TUA Story*. http://www.tkiyetumali.org/English/how_tkiyet.shtm, 21.04.2008.

Wils, Oliver (2003): Wirtschaftseliten und Reform in Jordanien: Zur Relevanz von Unternehmer-Bürokraten-Netzwerken in Entwicklungsprozessen. Hamburg: Deutsches Orient-Institut.

Ziai, Aram (2006): Zwischen Global Governance und Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Abstracts

Dieser Beitrag untersucht die Entwicklung der Staatsformen in Jordanien seit 1989. Er plädiert dafür, im Anschluss an Poulantzas und Jessop ein feineres theoretisches Instrumentarium zur Analyse abhängiger Staatlichkeit und Politik zu entwickeln. Anhand des jordanischen Beispiels wird argumentiert, dass nationalstaatliche AkteurInnen auch in einem abhängigen Staat internationalen Maßgaben nicht passiv ausgeliefert sind, sondern sich strategisch auf sie beziehen. Neben polit-ökonomischen Veränderungen wird auch der Wandel staatlicher Repräsentationsformen näher beleuchtet, der einen zentralen Aspekt der Transformation von Staatlichkeit in Jordanien bildet. Er macht verständlicher, warum sich in Jordanien, anders als in vergleichbaren Staaten des Südens, bislang keine Bewegung gegen neoliberale Politik formiert hat.

This article analyses the development of the state forms in Jordan since 1989. Drawing on the ideas of Nicos Poulantzas and Bob Jessop, it advocates refined theoretical concepts for exploring statehood and politics in contexts of economic and political dependency. On the basis of the Jordanian example it argues that political actors in dependent states are not passively exposed to international policy prescriptions but rather deal with them in strategic ways. It looks not only at political-economic changes but at changes in the forms of representation, as both aspects are essential for a deeper understanding of the transformation of the state in Jordan. They help to explain why no organised movement against neoliberal policies has emerged in Jordan, in contrast to many other states in the Global South.

Katharina Lenner
Donaustraße 12
D-12043 Berlin
lenner@reflect-online.org